

Chemiker gehen leer aus

DDR-ZUSATZRENTEN Streit um Härtefallfonds des Bundes: Was eine Initiative von Betroffenen für eine in Sachsen-Anhalt bedeutende Berufsgruppe fördert.

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

HALLE/MZ - Ihre Gruppe ist vergleichsweise klein, doch viele von ihnen leben in Sachsen-Anhalt: Diplom-Chemiker und -Physiker, die in der DDR in den Chemiebetrieben in Buna und Leuna, Bitterfeld und Wolfen gearbeitet haben. Wie viele andere Berufsgruppen hatten sie zu DDR-Zeiten Ansprüche auf Zusatzrenten erworben, die aber bei der Überleitung in bundesdeutsches Recht Anfang der 90er Jahre kassiert worden waren. Nun hat der Bund zwar einen Härtefallfonds für einige der Betroffenen aufgelegt - doch ausgerechnet die Gruppe der Chemiker und Physiker, die sogenannte „technische Intelligenz“, wird darin nicht berücksichtigt.

Es geht um 17 Gruppen

Das kann nicht so bleiben, findet Klaus-Dieter Weißenborn. Der Rentner aus Halle, selbst promovierter Chemiker, ist einer der Sprecher des „Runden Tisches Rentengerechtigkeit“, der sich seit Jahren dafür einsetzt, dass die betreffenden Ost-Rentner endlich mehr Geld bekommen. Es geht um 17 Gruppen, darunter die erwähnten Naturwissenschaftler, aber auch Bergleute, Eisenbahner, Postbotinnen oder in der DDR geschiedene Frauen. Rund

500.000 Menschen vertritt Weißenborns Initiative. Die Zahl der, geht es nach dem Bund, nun wieder leer ausgehenden Chemiker und Physiker liegt bei rund 6.200.

Schon Anfang Dezember hatte der „Runde Tisch“ den Härtefallfonds als unzureichend kritisiert - zu wenig Geld, ein zu eng bemessener Kreis, der davon profitieren soll. Nun legt die Initiative noch einmal nach: In einem Brief an die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer fordern Weißenborn (80) und sein Co-Sprecher Dietmar Polster, weitere bisher ausgeschlossene Berufsgruppen aufzunehmen - neben den Naturwissenschaftlern auch Leistungssportler und freischaffende bildende Künstler. Weißenborn fordert: „Der Fonds muss nachgebessert werden.“

Und das aus seiner Sicht nicht nur, was den Kreis der Berechtigten angeht, sondern auch finan-

„Der Fonds muss nachgebessert werden.“

Klaus-Dieter Weißenborn
Runder Tisch Rentengerechtigkeit

ziell. Die 500 Millionen Euro, die der Bund beisteuern will müssten verdoppelt werden, verlangt die Initiative. „Das ist das Mindeste“, sagt Weißenborn. Laut Bund sollen Betroffene mit einer pauschalen Einmalzahlung von 2.500 Euro bedacht werden. Allerdings, so eine weitere Einschränkung, nur, wenn ihre Rente im Januar 2021 unter 830 Euro netto lag. Auch diese Bedingung will der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ nicht hinnehmen. Damit würden die meisten Betroffenen leer ausgehen, fürchtet Weißenborn, weil ihre Rente deutlich über dieser Marke liege.

Nach Berechnungen des Bundes könnten insgesamt bis zu 190.000 Menschen von dem Härtefallfonds profitieren. Allerdings: Nach Zahlen des Bundesministeriums sind darunter nur 50.000 bis 70.000 Ost-Rentner. Bei den übrigen handelt es sich um jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler. Für diese beiden Personengruppen ist der Fonds ebenfalls gedacht.

Klar ist: Die Entschädigung könnte doppelt so hoch ausfallen, wenn sich auch die Länder an dem Fonds beteiligen. Grundsätzlich ist das möglich, doch außer Mecklenburg-Vorpommern hat das noch kein Land zugesagt. Sachsen-Anhalt will eine Aufsto-

ckung bis Ende März prüfen. Dazu hatte der Landtag kurz vor Weihnachten in einem von allen sechs Fraktionen getragenen Antrag die Landesregierung aufgefordert. Nach Berechnungen der Linksfraktion wären 30 Millionen Euro dafür notwendig. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) will das Rententhema im Kreis seiner ostdeutschen Amtskollegen besprechen.

Sie warnen: Die Zeit drängt

„Wir hoffen, dass die ostdeutschen Regierungschefs sich beim Bund für uns stark machen“, begründet Initiativen-Sprecher Klaus-Dieter Weißenborn den Brief an die Ministerpräsidenten. Sie sollten sich in Berlin dafür einsetzen, den Härtefallfonds finanziell aufzustocken und die bisher ausgeschlossenen Berufsgruppen mit einzubeziehen.

Aus Sicht der Initiative drängt die Zeit. In ihrem Schreiben warnen Weißenborn und sein Co-Sprecher Polster mit Blick auf das hohe Alter vieler betroffener DDR-Rentner vor einer „endgültigen biologischen Lösung“, die verhindert werden müsse. Sie mahnen: „Die Generation, die ganz entscheidend zur Wiedervereinigung beigetragen hat, darf nicht zu den Verlierern der Einheit gehören.“ **› Kommentar Seite 8**